

Krafer Zeitung.

Nr. 28.

Montag den 5. Februar

1866.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Gred-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Petition 5 Mr., im Anzeigebogen für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstern & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. Jänner d. J. dem böhmischen Landesbuchhalter Franz Miltner in Anerkennung seines vielfährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Jänner d. J. der Schwester Emilie Engel, Oberlehrerin am Stathmayer Hauptconvente der barmherzigen Schwestern, in Anerkennung ihrer bei Erziehung der weiblichen Jugend erworbenen ausgezeichneten Verdienste das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Jänner d. J. den Director des Obergymnasiums St. Catharina in Venedig Dr. Franz Corradini zum Schulrath und Gymnasialinspector für die lombardisch-venetianischen Gymnasien allergnädigst zu ernennen und dem Volksschulinspector in Venedig Kanonikus Della Bona in Anerkennung seines ausserordentlichen Dienstes bei der bisherigen Verwaltung des Gymnasialinspectorates den Titel und Charakter eines Stathalters mit Nachsicht der Taten zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat die Architekten Wilhelm Westmann und Carl Fick zu Mitgliedern der Wiener Baucommission ernannt.

Der Staatsminister hat den Lehrer der Communaloberrealschule in Rutenberg Johann Wladef zum wirklichen Lehrer der k. k. Oberrealschule in Olmütz ernannt.

Das Staatsministerium hat einvernehmlich mit den anderen beteiligten Ministern dem Maschinenbauer J. Novotny in Verbindung mit K. Recla, Maschinenbauer, J. Gahn, Maschinenarbeiter, K. Buresch, Schlosser, K. Wagnor, Kupferschmied, G. Zeisinger, Maschinenarbeiter, und W. Dofra, Maschinendrescher, die Errichtung einer Maschinenfabrik auf Aktien unter dem Namen „erste Prager Actienmaschinenfabrik“ bewilligt.

Der Staatsminister hat auf Vorschlag des Gemeinderathes den Dr. Girolamo Ventura zum Podesta der Stadt Ghe, Provinz Padua ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Luigi Monti zum Präsidenten und des Giovanni Brunelli zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbeammer in Treviso für das Jahr 1866 bekräftigt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Aufenthalt Ihrer Majestäten in Pest.

Die Berichte aus Pest reichen bis zum 3. d. Freitag früh wohnten Ihre Majestäten dem Gottesdienste in der Burgcapelle bei. Zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags promenirten Ihre Majestäten trotz des unfreundlichen Wetters im Schloßgarten. Abends erschienen Ihre Majestäten im Nationaltheater und verweilten bis zum Schluß der Vorstellung. Die Majestäten wurden beim Kommen und Gehen enthusiastisch begrüßt. — Sonnabend Vormittags besuchten Se. Majestät das Krankenhaus. Se. Majestät der Kaiser, vom k. k. Grafen Greinville und zwei Flügel-Adjutanten begleitet, wurden vor der Spitalskirche vom Pfarrer Dery, dem Oberbürgermeister, dem Magistratsrath Hamja und dem Präses des Bürgerausschusses Parvas erwartet, wo Se. Majestät vor dem Hochaltare auf einem mit rothem Tuch bedeckten Verschmel niederknieten. Se. Majestät verließen, nachdem der Pfarrer Allerhöchstden selbst unter Vorhaltung des Hochwürdigsten den Segen erteilt hatte, die Kirche und wurden am Ausgang vom Spitals-Director Oberphysicus Dr. Dornay empfangen und von diesem und den Doctoren Kunmiger, Kovacs, Krid und Poor nach verschiedenen Abtheilungen geleitet, wo Se. Majestät an mehrere Kranke, u. A. an den städtischen Hufaren, welcher während des vorigen Allerhöchsten Besuches mit dem Pferde gestürzt war, huldvolle Worte richteten. Se. Majestät verweilten eine Stunde und wurden beim Kommen und Gehen von der versammelten Menge enthusiastisch begrüßt. Zur selben Zeit besuchten Ihre Majestät die Kaiserin das englische Fräuleinstift, von dem Grafen und der Gräfin Krönitzbegg begleitet, unter Führung des Präsidialsecretärs der ungarischen Hofkanzlei Werner. An der Pforte des Klosters wurden Ihre Majestät von der Baronin Sennpey, der Oberin, dem Seminardirector Graner Domherrn Szabo, den Propsten Sujanffy und Klempa, dem Städtischen Pfarrer Schwendner, dem Stadthauptmann Theiß, dem Vicebürgermeister Szagody und dem Magistratsrath Allen empfangen. Ihre Majestät verfügten sich unter Führung der Oberin zuerst in den Prüfungssaal, wo über 100 weiß gekleidete, mit blauen Schleifen geschmückte Schülerinnen, Blumen und Kränze in den Händen, Ihre Majestät mit dreimaligem Glanz begrüßten und das vierzehnjährige Stiftdaulein Esther Sulysok eine vom Propste Sujanffy verfaßte Ansprache hielt, welche Ihre Majestät mit huldvollen Worten erwiderten. Nach Beichtigung der Handarbeiten besuchten Ihre Majestät noch die dort befindliche Mädchenprapandie und Elementarschule.

Ihre Majestät trugen ein schwarzseidenes Kleid, schwarzen Sammtbesatz und Kuchma aus schwarzem Zobel mit weißem Reifer. Ihre Majestät wurden beim Kommen mit herzlicher Ovation begrüßt und traten unter gleichen Freudenäußerungen um halb 12 Uhr den Rückweg nach Ofen an.

Aus Pest schreibt man der „Debatte“: Bekanntlich ist Baron Gövös bereits seit längerer Zeit leidend und ein in neuerer Zeit eintretender Bluthusten hat leider der Besorgnis für die Gesundheit des gezeigten Mannes noch mehr die Thüre geöffnet. Baron Gövös selbst soll sich bereits zu wiederholten Malen dahin geäußert haben, nur das Ergebnis der gegenwärtigen großen Action abzuwarten, um sich dann für immer von der Politik zurückzuziehen. Gewiß wird es den allgemein verehrten Mann lindernd und erquickend berühren haben zu vernehmen, daß man selbst in den höchsten Kreisen Gefürchtungen über seinen Gesundheitszustand eingeholt hat und daß dies von Ihrer Majestät der Kaiserin selbst geschah. Zu dem Cerce bei Ihrer Majestät war nämlich auch Frau Baronin Gövös erschienen. Als Ihre Majestät von dem leidenden Zustand Baron Gövös's hörte, empfahl a. h. dieselbe der Frau Baronin ihm die allersorgfältigste Pflege angedeihen zu lassen, „denn auch das Vaterland bedarf seiner dringend“, fügte die hohe Frau mit Betonung hinzu.

Graf Mensdorff ist Freitag, Graf Belcredi Sonnabend Morgens in Pest eingetroffen; Sonnabend Vormittags fand ein Ministerrath statt.

Samstag sollte der erste Ball bei Hofe stattfinden. (Ein „Ball bei Hof“ unterscheidet sich von einem Hofballe dadurch, daß zu letzterem nur hoffähige Personen Zutritt erhalten, während für die Theilnahme an ersterem der Charakter der Hoffähigkeit nicht erforderlich wird und auch an Personen von hervorragender Stellung Einladungen ergehen.) Die Ballfeste sind damit nicht zu Ende. Es ist jedenfalls zweifellos, daß noch ein zweiter Ball bei Hofe stattfinden werde; in den nächsten Tagen folgen von Eitel-Bällen der Mediciner-Ball, dann der große Ball, den die Stadt Pest veranstaltet.

Der Pester Bürgerausschuß hat an den Altersmann Matkovich in Fiume folgende telegraphische Antwort abgesendet:

Mit dankbarer Liebe empfangen die Bürger Pests die telegraphische Mittheilung, daß die Begeisterung der ungarischen Hauptstadt über die Anwesenheit des Allerhöchsten Königspaares auch im ungarischen Vitorale sympathisch widerhallt. Möge bald der schöne Krönungstag ausbrechen, der euch Brüder aus Fiume in unsere Mauern führt, damit wir über die Herstellung der angestammten theuren Bande der Einheit im Glück verjüngt mit Euch jubeln können.

Krafer, 5. Februar.

Die in der letzten Nummer erwähnten „Zweifel und ersten Erwägungen“, welche die „Provinzial-Correspondenz“, das eingetandene und zwar das einzige eingetandene Organ des Grafen Bismarck — etwas verspätet, aber vielleicht deshalb um so wohlüberlegter — aus der Massenversammlung in Altona entnimmt, sei vollkommen geeignet, das höchste Befremden in Wien hervorzurufen. Wir wollen, schreibt die „Glocke“, diese Erwägungen nicht geradezu als eine Unverständlichkeit bezeichnen, aber jedenfalls streifen sie hart an die Gränze, wo die erlaubte Zurechtweisung unbedingt aufhört. Was das officiöse Blatt vorbringt, klingt genau so, als ob Preußen nur unter der Voraussetzung, daß Desterreich in Holstein die Geschäfte Preußens besorgen werde, ihm die Erlaubnis gegeben, Holstein selbstständig zu verwalten, und daß es, nachdem diese Voraussetzung in unverantwortlicher Weise getäuscht worden, ernsthaft mit sich darüber zu Rathe gehen müsse, ob es nicht jene Erlaubnis sofort zurückzuziehen habe. Wir wissen nicht, ob etwa im Sinne dieser Auslassung auch eine officiöse Erklärung nach Wien gelangt ist oder wenigstens für den Fall gelangen wird, daß jenes vorläufige vertraulich-öffentliche Avertissement fruchtlos bleiben sollte, aber wir glauben, daß man in Wien schon wiederholt Veranlassung genommen hat, der beharrlich zudringlichen Einmischung Preußens in die holsteinische Verwaltungssphäre sehr höflich, aber sehr entschieden die Wege zu weisen, und es könnte sich denn doch am Ende ereignen, daß man mit noch mehr Entschiedenheit und mit weniger Höflichkeit aufzutreten sich entschloß.

Die am 13. v. M. entworfenen Adresse schleswigischer Abgeordneter und Stellvertreter ist nunmehr Herrn v. Manteuffel übergeben.

In der „Schles. Ztg.“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß Herr May trotz der Gegenbehauptung

nicht Altonaer Bürger ist. Die preussischen Behörden verweigerten ihm nämlich beharrlich ihre Zustimmung zu seinem Ausscheiden aus dem Staatsverbande.

Ueber die Aufnahme, welche der französische Vermittlungs-Entwurf in Sachen der Verfehrsbeziehungen zwischen Desterreich und Italien in Florenz gefunden, verlautet noch nichts Sicheres. Die Vermittlung basiert auf der Gewissheit, daß man in Wien eine Ausdehnung des österreichisch-sardinischen Handelsvertrages vom Jahre 1851 auf die sämtlichen Bestandtheile des jetzigen Königreichs Italien sofort bewilligen werde, wenn sich eine Form finden lasse, welche lediglich einen modus vivendi herstelle und Desterreich nicht zu der Unterzeichnung eines Abkommens mit Italien verpflichte, und Frankreich steht entschieden auf Seiten dieser Voraussetzung, die sich aller Voraussicht nach auf dem Wege einer entsprechenden administrativen Verfügung erfüllen wird.

Das vielcolportirte Gerücht, als habe die Königin Victoria einen Dankbrief an den Papst geschrieben aus Anlaß seiner Ermahnungen an den katholischen Clerus Irlands, sich der fensigen Bewegung fern zu halten, ist grundlos gewesen. Weder das Eine noch das Andere hat Statt gefunden.

Das „Frbtl.“ läßt sich berichten, daß Admiral Bacea, welcher bekanntlich vor Kurzem in Pola die österreichische Flagge salutirte, vom Marineministerium in Florenz einen scharfen Verweis erhalten habe, weil die Welt aus diesem Acte der Courtoisie Schlüsse ziehen könnte, welche der Regierung des Königs Victor Emanuel unangenehm wären.

Der politische Nord an einem Bediensteten des Cardinals Antonelli, den ein Pariser Telegramm des „Wanderer“ gemeldet und einem Russen zugeschrieben hatte, ist, wie man dem „Nat.“ aus Rom schreibt, eine Erfindung.

Wie dem „Gleno“ aus Chelm (Russisch-Polen) geschrieben wird, ist die Nachricht der „Gaz. nar.“, daß der Bischof Kalinski „ergriffen und unbekanntem Ort weggeschafft worden“, falsch; Befagter Bischof fungirt noch immer ruhig in seiner Diocese zu Chelm.

Wie aus Lissabon unter dem 1. d. telegraphirt wird, ist der General Prim dort eingetroffen; er ist der Gast des Marquis de Alva.

Die Mäster wollen wissen, daß schon seit Monaten die Eventualität einer Rückf. hr des Kaisers Maximilian ein Gegenstand der Erwägung gewesen und daß namentlich bei der jüngsten Anwesenheit des Grafen Bombelles darüber verhandelt worden. Ob das Erste der Fall, schreibt ein Wiener Correspondent der „Bohemia“, wissen wir nicht, wenn wir auch Grund haben, es zu bezweifeln; daß das Letzte nicht der Fall, wissen wir, denn gerade Graf Bombelles hat hier bei jeder Gelegenheit in der entschiedensten Weise der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß sich das mericanische Kaiserthum mit jedem Tage mehr consolidire.

Wie man aus Paris schreibt, ist die Zufriedenheit an die Vereinigten Staaten, die französischen Truppen in kürzester Frist und zwar mit Einschluß der Kriegsmarine aus Mexico abzurufen, bereits in kindlicher Weise erteilt und nur durch das vorgängige Zustandekommen eines Arrangements bedingt, welches für alle möglichen Fälle die Erfüllung der auf dem Lande Mexico ruhenden Verpflichtungen betreffs der bekanntlich unter dem Patronat Frankreichs in Scene gesetzten und vorwiegend durch französisches Capital beschafften Anleihe sicher stellt.

Ein sonst gut unterrichteter Wiener Correspondent schreibt: Die letzten Nachrichten aus Paris gestatten keinen Zweifel darüber, daß der Kaiser Napoleon nicht die Absicht hat, dem Kaiser Maximilian irgendwelchen Vertrag anzunehmen, der das neue Kaiserreich einer auswärtigen Aggression gegenüber ganz auf seine eigene Kraft anwiese. Der Vertragsentwurf, den Baron Saillard nach Mexico überbringt, bewegt sich streng innerhalb der Festlegungen des Vertrags von Miramar und es werden namentlich diejenigen Clauseln desselben vollständig aufrecht erhalten, welche auch über die Dauer der französischen Occupation hinaus den Eintritt der französischen Fremdenlegion in der Stärke von 8000 Mann in mericanische Dienste stipuliren, sondern auch — und das ist von besonderer Bedeutung, weil dadurch Frankreich fortgesetzt direct engagirt erscheint — die französische Kriegsmarine zum Schutz der Häfen des mericanischen Golfs verpflichten.

Sir Moses Montefiore, welcher für seine Glaubensgenossen unter allen Breitengraden jeder Zeit thätig ist, hatte an den Schah von Persien eine Petition gerichtet, in welcher er um Abstellung des Druckes bittet, unter welchem die Juden in Persien leiden. Darauf hin erhielt er jetzt die Mittheilung von Lord Clarendon, es habe der Schah in Folge dieser Petition den strengen Befehl an die Behörden

ergehen lassen, darauf zu sehen, daß die Juden hinfort mit Gerechtigkeit und Milde behandelt werden.

Von den drei noch fehlenden Ratificationen des italienischen Handelsvertrages ist jetzt der der Fürstin Caroline von Neuch in Berlin eingegangen, so daß nur noch zwei fehlen. Dieselben werden aber ebenfalls jeden Tag erwartet.

Einer Nachricht aus Wiesbaden zufolge soll der Herzog von Nassau den Wunsch ausgedrückt haben, daß der König von Preußen an seiner, des Herzogs, Stelle und in seinem Namen die Ratification des Handelsvertrages vollziehen möge. Preußen wird bekanntlich die Ratificationen Namens der Zollvereins-Regierungen austauschen. Hier aber würde es sich, wenn die Nachricht sich bestätigt, um den Versuch einer directen Delegation zu einem Acte der Souveränität handeln, und ob dies in Berlin zulässig erscheinen wird, muß dahingestellt bleiben.

Die „Wien. Ztg.“ bringt bezüglich der bevorstehenden Auflassung einer Anzahl von Polizeibehörden ein Exposé, dessen wesentlichen Inhalt wir in Folgendem wiedergeben: Von dem Bestreben geleitet, in der Reduction des Staatsaufwandes so weit zu gehen, als dies ohne eine etwaige Gefährdung höherer Staatsrückichten möglich sei, habe die Regierung die Auflösung der Polizeidirectionen zu Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Laibach, Zara, Preiburg, Dedenburg, Kalchau, Großwardein, Temesvar, Agram und Hermannstadt, dann der Polizeicommissariate zu Troppau, Klagenfurt und Czernowitz, sowie der zu mehreren landesfürstlichen Polizeibehörden gehörigen Grenzpolizeiposturen beschlossen. Durch diese Maßnahme sei einerseits eine Summe von ca. 400,000 fl. von dem Budget erparat und andererseits die Möglichkeit geboten, die den Gemeinden im Art. V. der Grundzüge des Gemeindegesetzes vom 5. März 1862 gewährleistete Autonomie in einer bedeutenden Anzahl von Orten thatsächlich in Ausführung zu bringen. Ueberdies soll der Wirkungskreis der Polizeiverwaltung im lombardisch-venetianischen Königreiche eine sehr erhebliche Einschränkung zu Gunsten der Provinzial-Autonomie erfahren. Die Polizeidirection in Venedig wird in eine Polizeipratur mit beschränktem Dienste verwandelt, die Polizeicommissariate in den Provinzialhauptstädten aber werden aufgehoben werden und ihren Wirkungskreis an die autonomen Provinzialdelegationen abtreten. Die Durchführung dieser Maßregeln wird nach und nach erfolgen und ist insbesondere dafür gesorgt, daß den disponibel werden Beamten und Dienern der Polizeibehörden gar kein Abbruch geschehe. Die Landesdeputirten sind angewiesen, solche Beamte und Diener theils in den Status der politischen Behörden zu übernehmen, theils deren Uebernahme von Seite der mit der Polizei betrauten Gemeinden ins Werk zu setzen. Ueberdies hat es sich Se. Majestät vorbehalten, solche Beamte und Diener, welche in der angeordneten Richtung nicht untergebracht werden sollten und deren Verlegung in den bleibenden oder zeitlichen Ruhestand verfügt werden müßte, in einer günstigeren als der normalen Weise behandeln zu lassen. In den Orten, in welchen die Polizeidirection aufrecht erhalten werden soll, wird dennoch eine gewisse Einschränkung ihres Wirkungskreises und eine Ueberweisung des ihnen zur Zeit noch zustehenden Localpolizeidienstes an die Gemeinden erfolgen. In dieser Beziehung wird auch aus Prag gemeldet, daß in der Stathalterei eine Commission, zu welcher der Bürgermeister und der Polizeidirector zugezogen sind, über die Einschränkung der Polizeidirection, Trennung einzelner Functionen und Uebergabe derselben an die Stadtgemeinde beräth.

Die „Gen.-Z.“ veröffentlicht aus Anlaß der über die projectirte Verurteilung der Sträflinge verbreiteten irrigen Ansichten die beiden Erlasse, welche in dieser Beziehung bereits unter dem 3. Jänner d. J. an sämtliche Ober-Landesgerichts-Präsidenten und Ober-Staatsanwaltschaften in den nicht zur ungarischen Krone gehörigen Ländern ergangen sind. Der Erlass des k. k. Justizministeriums ist an die Ober-Landesgerichts-Präsidenten in Wien, Prag, Brünn, Innsbruck, Triest, Venedig, Lemberg und Graz gerichtet. Der Erlass an die Oberstaatsanwälte setzt zunächst die Motive auseinander, welche den Justizminister bewogen, das System der bedingungsweisen Entlassung von Sträflingen probeweise, und zwar in der Art zur Ausführung zu bringen, daß zeitweise thätig ist, hatte an den Schah von Persien eine Petition gerichtet, in welcher er um Abstellung des Druckes bittet, unter welchem die Juden in Persien leiden. Darauf hin erhielt er jetzt die Mittheilung von Lord Clarendon, es habe der Schah in Folge dieser Petition den strengen Befehl an die Behörden

erlassen, darauf zu sehen, daß die Juden hinfort mit Gerechtigkeit und Milde behandelt werden. Von den drei noch fehlenden Ratificationen des italienischen Handelsvertrages ist jetzt der der Fürstin Caroline von Neuch in Berlin eingegangen, so daß nur noch zwei fehlen. Dieselben werden aber ebenfalls jeden Tag erwartet. Einer Nachricht aus Wiesbaden zufolge soll der Herzog von Nassau den Wunsch ausgedrückt haben, daß der König von Preußen an seiner, des Herzogs, Stelle und in seinem Namen die Ratification des Handelsvertrages vollziehen möge. Preußen wird bekanntlich die Ratificationen Namens der Zollvereins-Regierungen austauschen. Hier aber würde es sich, wenn die Nachricht sich bestätigt, um den Versuch einer directen Delegation zu einem Acte der Souveränität handeln, und ob dies in Berlin zulässig erscheinen wird, muß dahingestellt bleiben. Die „Wien. Ztg.“ bringt bezüglich der bevorstehenden Auflassung einer Anzahl von Polizeibehörden ein Exposé, dessen wesentlichen Inhalt wir in Folgendem wiedergeben: Von dem Bestreben geleitet, in der Reduction des Staatsaufwandes so weit zu gehen, als dies ohne eine etwaige Gefährdung höherer Staatsrückichten möglich sei, habe die Regierung die Auflösung der Polizeidirectionen zu Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Laibach, Zara, Preiburg, Dedenburg, Kalchau, Großwardein, Temesvar, Agram und Hermannstadt, dann der Polizeicommissariate zu Troppau, Klagenfurt und Czernowitz, sowie der zu mehreren landesfürstlichen Polizeibehörden gehörigen Grenzpolizeiposturen beschlossen. Durch diese Maßnahme sei einerseits eine Summe von ca. 400,000 fl. von dem Budget erparat und andererseits die Möglichkeit geboten, die den Gemeinden im Art. V. der Grundzüge des Gemeindegesetzes vom 5. März 1862 gewährleistete Autonomie in einer bedeutenden Anzahl von Orten thatsächlich in Ausführung zu bringen. Ueberdies soll der Wirkungskreis der Polizeiverwaltung im lombardisch-venetianischen Königreiche eine sehr erhebliche Einschränkung zu Gunsten der Provinzial-Autonomie erfahren. Die Polizeidirection in Venedig wird in eine Polizeipratur mit beschränktem Dienste verwandelt, die Polizeicommissariate in den Provinzialhauptstädten aber werden aufgehoben werden und ihren Wirkungskreis an die autonomen Provinzialdelegationen abtreten. Die Durchführung dieser Maßregeln wird nach und nach erfolgen und ist insbesondere dafür gesorgt, daß den disponibel werden Beamten und Dienern der Polizeibehörden gar kein Abbruch geschehe. Die Landesdeputirten sind angewiesen, solche Beamte und Diener theils in den Status der politischen Behörden zu übernehmen, theils deren Uebernahme von Seite der mit der Polizei betrauten Gemeinden ins Werk zu setzen. Ueberdies hat es sich Se. Majestät vorbehalten, solche Beamte und Diener, welche in der angeordneten Richtung nicht untergebracht werden sollten und deren Verlegung in den bleibenden oder zeitlichen Ruhestand verfügt werden müßte, in einer günstigeren als der normalen Weise behandeln zu lassen. In den Orten, in welchen die Polizeidirection aufrecht erhalten werden soll, wird dennoch eine gewisse Einschränkung ihres Wirkungskreises und eine Ueberweisung des ihnen zur Zeit noch zustehenden Localpolizeidienstes an die Gemeinden erfolgen. In dieser Beziehung wird auch aus Prag gemeldet, daß in der Stathalterei eine Commission, zu welcher der Bürgermeister und der Polizeidirector zugezogen sind, über die Einschränkung der Polizeidirection, Trennung einzelner Functionen und Uebergabe derselben an die Stadtgemeinde beräth.

der Nachsicht des noch übrigen Strafrestes durch die kaiserliche Gnade würdig gemacht haben. Der Oberstaatsanwalt wird sodann angewiesen, in Betreff der ihm unterstehenden Strafanstalt durch eine aus dem Hauscommissär, dem Straßhaus-Vorsteher (nach Umständen der geistlichen Local-Oberin oder nur dieser und dem Inspector) und aus dem Hausseelsorger zu bestellende Commission ein Verzeichniß der im oben angedeuteten Sinne der Begnadigung würdigen Häftlinge anzulegen zu lassen. Nun folgt die Instruction, wie hierbei vorzugehen ist. Es heißt da: In dieses Verzeichniß sind aber in der Regel nur solche Sträflinge aufzunehmen, welche a) eventuell bis Ende Februar 1866 wenigstens schon zwei Dritttheile ihrer Strafzeit abgeleistet; b) vermöge ihres nach jeder Richtung hin guten Verhaltens während der bisherigen Strafdauer standhafte Proben ihrer wirklichen Besserung an den Tag gelegt, und sowohl hiedurch, als auch durch ihr sonstiges, dem Verbrechen, wegen dessen sie sich derzeit in Strafe befinden, vorhergegangenes Vorleben hinreichende Bürgschaft gewähren, daß sie sich auch außerhalb der Strafanstalt dem Gesetze gemäß benehmen werden, und von denen daher eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu besorgen ist, und von welchen überdies c) in dem Falle, als sie sich ihren Unterhalt selbst verdienen müssen, also denselben nicht in einem eigenen ausreichenden Vermögen, oder in der mit Zuverlässigkeit zu erwartenden Unterstützung von Seite ihrer Angehörigen oder Freunde finden werden, vermöge ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrer in der Strafe bezüglichen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit zu erwarten ist, daß sie sich ehrlich fortbringen werden. Nur ausnahmsweise und aus ganz besonders rücksichtswürdigen Gründen können auch rückfällige Verbrecher oder überhaupt solche Individuen, welche außer demjenigen Verbrechen wegen dessen sie sich gerade in Strafe befinden, ein bemerkliches Vorleben haben, zur a. b. Strafnachsicht empfohlen werden. Sträflinge, welche noch nicht zwei Dritttheile ihrer Strafzeit (jedoch mindestens die Hälfte) überstanden haben, können nur im Falle die oben unter b) und c) angeführten Bedingungen zutreffen, in das Verzeichniß aufgenommen werden. Der Oberstaatsanwalt hat hierüber seine mit möglichster Kürze und in thunlichst kurzer Frist abgefaßten Anträge (im Differenzfalle motivirt) an die oberlandesgerichtliche Specialcommission zur Begutachtung zu legen. Ferner wird in dem Erlasse betont, daß an den in dieser Richtung bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen (§§. 330 und 400 St.-P.-O.) nichts geändert würde, und daß alle Personen gegenüber den Sträflingen und ihren Angehörigen das strengste Amtsgeheimnis bewahren, um bei denselben nicht Hoffnungen zu erregen, welche für einzelne derselben vielleicht doch nicht erfüllt worden, und deren Nichterfüllung dieselben in ihrer ohnehin traurigen Lage um so härter treffen würde. Der Wortlaut dieser Erlasse, bemerkt die „G. C.“, wird hinreichen, um die allgemeine Ueberzeugung zu begründen, daß es sich hierbei nicht um eine Maßregel, die nur im Gesetzbuchsweg eingeführt werden kann, sondern vielmehr ausschließlich um einen Allerhöchsten Gnadenact der Krone handelt, daß ferner von der Regierung alle nur immer möglichen Vorkehrungen und Vorkehrungen getroffen werden, um jede Gefahr und Besorgnis für die öffentliche Sicherheit hintanzubalten.

Wie die „Gen.-Corr.“ vernimmt, hat sich die Regierung nicht darauf beschränkt, die Paphre von an der Gränze aufzuheben, sondern sie war auch darauf bedacht, dem reisenden Publicum für den Bezug der erforderlichen Reisefurkunden eine Erleichterung zu Theil werden zu lassen. Im ganzen dem Staatsministerium, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, unterstehenden Verwaltungsgebiete werden nämlich von nun an die Vorsteher der politischen Behörden erster Instanz oder der landesfürstlichen Polizeibehörden ermächtigt sein, Pässe, Paßkarten sowie auch jene Clauel, wodurch Arbeits- oder Wanderbücher als Reisefurkunden für das Ausland bezeichnet werden, auszufertigen.

Die „G. C.“ meldet: Die Fregatte „Schwarzenberg“ und die Corvette „Friedrich“ segeln unter Herrn v. Zegehoff zu Ende April nach Ostasien ab, um mit China, Siam und Japan Handels- und Schiffsverträge abzuschließen. Auf die Abschlüsse würde unmittelbar die Einsetzung von Consuln folgen. Auf der Rückkehr wird Zegehoff Chili, Peru und die Philippinen besuchen.

Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht von der beabsichtigten Auflösung der bestehenden Bibliotheken des Polizeiministeriums und des Cultus- und Unterrichtsministeriums im Staatsministerium wird von der „G. C.“ als thatsächlich ganz unbegründet bezeichnet.

Nach Berichten aus Wien erhielt die Deputation der Creditacionäre vom Sectionschef Becke folgende Aufschlüsse über die Resultate des am 1. d. abgehaltenen Ministerathes. Die Regierung beabsichtigt die Stärkung der Creditanstalt, sie erkenne deren Wichtigkeit. Die Regierung stimme dem zu, daß zur Beseitigung aller Bedenken gegen die Taration der einzelnen Wirth der Gesellschaft in Abt auf die in ihrem Besitze befindlichen Effecten ein Specialreservofond gegründet werde. Diefem wäre der bisherige Gewinn beim Aktienrückkauf und jährlich von der Generalversammlung zu bestimmenden Quoten zuzuwenden. Unter Voraussetzung eines solchen Fonds hätte die Regierung gegen die bisherige Bilanzirung nichts einzuwenden. Die Regierung beabsichtigt keine polizeiliche Ingerenz auf die Verwaltung, sondern nur das Aufsichtrecht. Ob der gegenwärtig fällige Coupon für den Specialreservofond heranzuziehen sei, was aber nur in möglichst geringem Maße und mit aller Schonung der Actionäre erfolgen würde, sei erst nach der vorzulegenden Schlussbilanz und nach Rücksprache mit der Direction und dem Verwaltungsrath zu entscheiden.

Selbstverständlich könne der statutarische Reservofond zur Zinsen-Ergänzung verwendet werden.

Wie früher schon die „Gazeta na“, beruhigt auch der „Gaz.“ über das Los der galizischen Eisenbahnactien betrefte ihres künftigen Werthes, über deren Kurs-Sinken ihm vielseitige Klagen zukommen. Diese Baisse sei geradezu eine Krise, der alle Entrepreneurs unterliegen und selbst die reichste der österreichischen und weitreichste der deutschen Bahnen, die Nordbahn unterlegen, obgleich bekannt, wie heute ihre Papiere stehen. Die Hauptkünde und erste Veranlassung des jetzigen niedrigen Curses sei, obwohl dies nach einem ökonomischen Paradoxe ausfalle, ihr günstiger Stand in den letzten Jahren. Das zweite Jahr des Mißwachs, das nach dem ersten so ziemlich ertragenen der Transporte minderte, ließ die Actien unter ihren realen Werth von 210 fl. ö. W. sinken. Die Börsenspeculanten lieben besonders Papiere, die einer nicht gewöhnlichen Fluctuation ausgesetzt sind, das Hausse- und Baisse-Spiel dürfe deshalb noch keine Besorgnis in Betreff des Werthes der Actien der galizischen Bahn erregen, die eine zu gesicherte Zukunft habe, als daß ihre Actien nicht steigen sollten. Es handle sich nur um Ueberdauern der Krise, in der jedoch 5 % gesichert bleiben, dessen Termin bei der nahe bevorstehenden Eröffnung der Czernowitzer Bahn nicht so entfernt sein dürfte. Selbstverständlich könne hierbei die Verwaltung nicht mit ins Spiel gezogen werden, die nirgends das Börsenspiel einzuhalten vermöge und nur verantwortlich für Erparnisse und Vertheilung von Einnahmen und Ausgaben sei, sie habe keinen Antheil an dem heutigen Fall ihrer Actien, der eine Folge der Schwächung des Verkehrs aus bekannten Ursachen sei, hauptsächlich wegen des Börsenspiels, jener Krankheit unseres Zeitalters.

Landtagsverhandlungen.

Wie die „Wiener Abendpost“ schreibt, hat Se. Majestät mit Allerhöchster Entschliebung vom 29. Jänner den Inhalt der vom Landtag der gestifteten Grafschaft Görz-Gradiska unterbreiteten Ergebniss-Adresse zur allergnädigsten Kenntniß genommen.

„Dok. Tanuja“ glaubt, die Adresse des ungarischen Landtages dürfte Ende Februar oder Anfang März Se. Majestät überreicht werden. Der Entwurf unterscheidet sich in Form und Inhalt von der 1861er Adresse. Das Hauptgewicht werde darin auf die Beantwortung derjenigen Punkte der Thronrede gelegt, in welchen die Rechtscontinuität, die gemeinsamen Angelegenheiten und die Großmachtsstellung der Monarchie berührt werden. Bezüglich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten wird nicht mehr die Verbrüderung von Fall zu Fall, sondern mit Anwendung des Princips der Parität die Modalität regelmäßiger Deputationen während jeder Session empfohlen. Es sei noch ungewiß, ob die Commission dies feststellen werde; als gewiß aber werde versichert, daß in der Adresse die „Vereinbarkeit der Großmachtsstellung mit einer dualistischen Lösung der ungarischen Frage“ auf das überzeugendste ausgedrückt wird. Nur die Rechtscontinuität dürfte einigermaßen schwieriger Differenzpunkte bilden, indem die Adresse hinsichtlich der vorläufigen Revision der 1848er Gesetze auseinandersezt, es wäre im Interesse der Krone selbst und würde die Lösung der schwelenden Fragen erleichtern, wenn der geistliche Zustand bis zu einem gewissen Grade unverzüglich hergestellt würde. Die Partei Deak soll beabsichtigen, im Plenum das Amendement zu stellen, daß das Haus die Revision der 1848er Gesetze beschließe und diesen Beschluß in der Adresse fundirte.

Die Centralcommission für die Nothstandsangelegenheit hat am 31. v. vom Landesauschuss die Anweisung eines Geldbeitrages zu der für folgende Bezirkscomités zu vertheilenden Unterstützung verlangt: für den Monasterzyer Bezirk zu Handen des Hrn. A. Ponisák 2000 fl.; für den Borszower Bezirk zu Handen des Hrn. S. Szor 1000 fl.; für den Eniatyner Bezirk zu Handen des Hrn. A. Resiczewski 2000 fl.; für den Oberlyner Bezirk zu Handen des Hrn. G. Lukasiewicz 2000 fl.; für den Buczager Bezirk zu Handen des Hrn. W. Tabrowski 2000 fl.; für den Tysmienicer Bezirk zu Handen des Hrn. G. Nylski 1000 fl.; für den Szakowicer Bezirk zu Handen des Hrn. K. Blazowski 1000 fl. und für den Rutyser Bezirk zu Handen des Hrn. R. Zadurawicz 2000 fl. Diefem Verlangen wurde sogleich Folge gegeben und die Anzahlung der angewiesenen Summen durch die betreffenden k. k. Steueramtscaffen bewerkstelligt. Bisher haben sich 17 Bezirkscomités constituirt.

Das Nothstands-Anleihen im Betrage von 2 1/2 Mill. Gulden, welches der galiz. Landtag annehmen beschloffen hat, darf der „Gaz. na.“ zufolge als abgeschlossen betrachtet werden. Dasselbe wird theils im Lande, theils bei einigen Bankhäusern in Wien contrahirt werden. Der Landesauschuss wird die erforderliche Anzahl von 7% Obligationen emittiren, welche auf 20, 50 und 100 fl. lauten werden. Diese Obligationen werden binnen 6 Jahren verlost und die Regierung soll erklärt haben, vom 3. 1867 angefangen den fünften Theil der Steuern in diesen Obligationen, u. z. im Nominalwerthe anzunehmen. Die Wiener Bankhäuser wollen jetzt schon diese Obligationen zu 85 fl. für 100 annehmen, in Hinblick auf die vortheilhaften Bedingungen das aber erwartet werden, daß diese Obligationen im Lande vergriffen werden.

Die amtliche Zeitung für Tirol und Vorarlberg entwickelt in einer ihrer letzten Nummern die Gründe, aus welchen die Adresse des Vorarlberger Landtages nicht angenommen wurde. Es ist ein ziemlich langweiliges Sündenregister, das da aufgezählt wird. Der Adresse

wird vorgeworfen, daß sie den §. 19 der E. O. weit überschritten habe, indem sie, statt von den Rückwirkungen der Septemberrate auf das specielle Land Vorarlberg zu sprechen, im Namen des ganzen Reiches zu sprechen sich anmaßte; ferner habe die Adresse gesagt, daß die Gesetzgebung der Willkür zu verfallen drohe, als ob man von dem unredlichen Willen der Regierung im Vorhinein überzeugt wäre. Die Adresse setze sich dann zu dem kaiserlichen Worte in entschiedenem Widerspruch, denn während Se. Majestät im Manifeste vom 20. September v. J. die im Diplom vertieften Rechte und Freiheiten ausdrücklich gewährleiste, glaubt die Adresse in ersterem eine „stillschweigende Aukerkräftigung der Artikel I und II des Octoberdiploms“ finden zu dürfen, und geht noch weiter, indem sie an vier Stellen wiederholt die Sistirung des Gesetzes über die Reichsvertretung mit der Sistirung der Gesamtverfassung verwechselt. Die Adresse stellt im weiteren Verlaufe die Behauptung auf, daß jeder „patriotische Oesterreicher“ das Reich der Auflösung bloßgestellt sehe, woraus folgen müßte, daß die große Majorität der Völker Oesterreichs, welche den Septemberraten zugejubelt hat, aus lauter Nichtpatrioten bestehe. Nach einer Grau in Grau gelieferten Schilderung der Zustände im Inlande spricht die Adresse vom „reichen, geordneten, blühenden Auslande“, als ob demselben ein armes, untergeordnetes, herabgekommenes Oesterreich gegenüber stünde. In solcher Weise kritisiert die amtliche Zeitung für Tirol und Vorarlberg die in Rede stehende Adresse, und gelangt zu dem Schlusse, daß dieselbe den Vorwurf der Wortbrüchigkeit, der Ungerechtigkeit und des Irrthums erhoben und gleichzeitig die a. h. Absicht bezüglich der Länder jenseits der Leitha verächtlich habe, und deshalb unmöglich von Se. Majestät angenommen werden konnte. Inzwischen ist in dem Arrangement der Zustimmungsadressen für den Vorarlberger Landtag eine totale Stockung eingetreten. Zahlreiche Adressentwürfe eurfiren unter der Bevölkerung, können aber trotz der eifrigsten Colportage keine Unterchriften mehr erlangen.

Telegraphische Landtagsberichte.

Lemberg, 3. Februar. Regierungskommissär Wosinger beantwortet mehrere ältere Interpellationen in Betreff der Erlassung einer Anweisung im Kautauer Verwaltungsgebiete wegen Sistirung der Steuer-Execution und wegen diesfälliger entsprechender Belehrung der Gemeinden im Brzezaner und Hoczower Kreise bejahend. Derselbe bringt eine Regierungsvorlage betreffend ein Wasserrechtsgesetz ein. In Bezug auf die Landesauschussvorlage betreffend die Fleischverzehrssteuer erklärt er seine principielle Zustimmung, wünscht jedoch eine genauere Präcimirung. Nach längerer Debatte wird die Vorlage unverändert angenommen. Sodann erfolgt die Motivirung mehrerer Anträge, betreffend die Subventionirung des ruthenischen Theaters und die Gestattung der Benützung der Salzquellen und deren Verweisung an die betreffenden Commissionen.

Troppau, 3. Februar. Bewilligung von Gemeindevorlagen. — Nächste Sitzung Montag.

Prag, 3. Februar. Das Gesetz betreffend die Dienstbotenordnung wurde in dritter Lesung angenommen. Hierauf Verhandlung über das Jagdgesetz. — Graf Lazansky behält sich das Wort für die Specialdebatte vor, um die Einwendungen der Regierung geltend zu machen und bemerkt der Entwurf berücksichtigt nicht das wesentlichste Reservatrecht der Krone. §§. 1 bis 3 werden nach dem Antrag der Commission angenommen. — Nächste Sitzung Montag.

Graz, 3. Febr. Der Landtag beschließt ein Gesetz, womit den Gemeinden das Recht gewährt wird, alle an Haupt- und Trivialschulen anzustellenden Lehr- und Auswärtigen, für deren Stelle ganz oder theilweise aus Gemeindevorlagen und zwar bleibend, gesorgt ist, zu ernennen; ferner ein Gesetz, welches den Vorgang bei Besetzung von Lehrstellen an Volksschulen regelt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Laibach, 3. Februar. Der Antrag des Ausschusses bezüglich der Freischule und Montan-Gratagssteuer lautet abermals auf Aufhebung der ersten und Herabminderung der letzteren. Der Landtag nimmt den Antrag an. — Bezüglich der Besetzung der Verwalterstelle des Zwangsarbeitshauses wird der Antrag des Ausschusses angenommen. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Zürich, 3. Febr. In der heutigen Sitzung fand die Verhandlung über die Gesetvorlage, betreffend die Bildung akatholischer Pfarrgemeinden oder Filialen in Tirol statt. Der Antrag des Comité lautet: Die Bildung einer selbstständigen Gemeinde oder Filiale der Evangelischen, des anglikanischen oder helvetischen Bekenntnisses, von welcher Bildung das Recht der Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes abhängt, kann in Tirol von den competenten Behörden nur über Einverständnis des Landesbewilligt werden. Dieser Antrag wurde ohne weitere Discussion bei namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 11 Stimmen angenommen. — Der weitere Antrag betreffend die Adresse an Se. Maj. wegen Beschränkung der Befähigung der Nichtkatholiken in Tirol wurde mit 33 gegen 17 Stimmen angenommen.

Agram, 3. Februar. Fortsetzung der Specialdebatte über den Adressentwurf. Die ersten 13 Punkte wurden mit sehr unbedeutenden Modificationen angenommen. Abg. Pfarrer Parlinowich (aus Dalmatien) betont die Integrität des dreieinigigen Königreichs, wünscht die Vereinigung Dalmatiens mit Croatien. — Pfarrer Luzel schildert den traurigen Zustand in der Militärgrenze und beauftragt die Modificirung des gegenwärtig bestehenden Gränzsystems. Gränzmajor Eubie wünscht, daß über die Frage hinsichtlich des Militärgränzsystems im Sinne des königlichen Rescriptes

des 8. November 1865 verhandelt werde. — Montag Fortsetzung der Specialdebatte.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Februar.

Herr Stephan Herzfeld, kaiserlich mexicanischer Generalconsul in Wien, ist in Anbetracht seines unermüdlischen Wirkens und seiner von ihm geleisteten tüchtigen Dienste von Se. Majestät dem Kaiser von Mexico zum wirklichen Legationsrath ernannt.

Der Maler S. M. Aigner erhielt von Se. Majestät dem Kaiser von Mexico den Auftrag, eine Anzahl der werthvollsten Gemälde der k. k. Belvedere-Sammlung für die Nationalgalerie in Mexico zu copiren. Die Gemälde sind: Die vier Welttheile von Rubens, der todt Christus von Andrea del Sarto, Johannes mit dem Lamm von Murillo ferner mehrere lebensgroße Porträts von Van Dyl und Rubens.

Die österreichische Expedition nach Japan betreffend ist man gegenwärtig, wie die „Öst. Post“ mittheilt, sehr damit beschäftigt, welche Geschenke dem Kaiser von Japan durch die projectirte Expedition überreicht werden sollen. Vorberhand ist ein Album bestimmt, worin in großen Aquarellen die Werkstätten der verschiedenen Hauptindustrien Oesterreichs, wie Glasmacherei, Eisenwerke, Brauereien etc., dargestellt sind. Die Decke dieses Albums wird aus Ebenholz, verziert mit getriebenem Silber und mit lapis lazuli und vergoldeten und emailirten Wappen eingelegt sein. Dann sind einige Waffen und Glasgegenstände in Aussicht genommen.

Aus Anlaß des Auftretens der Trichinose in der nächsten Umgebung Prags wurde der „Pr. Z.“ zufolge der Bürgermeister Dr. Belsky in einem Schreiben des Statthalterei-Präsidiums aufgefordert, in Prag einige Stationen zu mikroskopischen Untersuchungen des gefausten oder zu verkaufenden Schweinefleisches zu errichten und die Vieh- und Fleischbejau auf das Strengste zu harthaben.

Deutschland.

Prinz Moriz von Hanau hat, wie aus Kassel, 29. Jänner, geschrieben wird, sein Mandat als Vertreter der Ritterschaft niedergelegt. Der Zwiespalt, welcher zwischen dem Vater und Sohne durch den Eintritt des Letzteren in die Ständeverammlung offen hervorgetreten war, scheint damit sein Ende erreicht zu haben. Prinz Moriz hat den Kurfürsten nach Frankfurt begleitet.

In Heppenheim an der Bergstraße fand am 31. Jänner Nachmittags ein Pistolenduell zwischen dem Redacteur der „Heffischen Volksblätter“, Gerichtsacciseist Emmertling und Dr. Reischer statt. Der Erstere wurde durch ehrenrührige Aeußerungen des Dr. Reischer über seine Redactionsführung und politische Haltung zu der Forderung veranlaßt, und waren die Bedingungen des Duells sehr scharf, indem auf nur 10 Schritt Distanz mit gezogenen Pistolen geschossen wurde. Dr. Reischer erhielt einen Schuß in die Brust und befindet sich in ärztlicher Pflege in Heppenheim.

Herr Anton Kobylanski, der in Czernowiz seine Gymnasialstudien beendete, hierauf eine Zeit lang griechisch-orientalische Theologie studirte, dann mehrere Jahre auf deutschen Universitäten zubrachte, endlich sich der Kunst wandte und auf polnischen und deutschen Bühnen als Schauspieler auftrat, und überall, wo er erschien, durch sein eigenthümliches Wesen als Vegetarianer die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog, ist seit Kurzem bei der freikatholischen Gemeinde (sogenannte „Deutschkatholiken“) in Leipzig als Prediger angestellt.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 3. d. wurde von dem Abg. Herberich folgender Antrag eingebracht: Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten Twesten und Frenzel, sowie die Zulassung dieses Antrages bei dem obersten Strafsenat enthalten eine Ueberschreitung der gerichtlichen und der staatsanwaltschaftlichen Befugnisse und eine Verletzung der Verfassung. Das Abgeordnetenhaus protestirt zur Wahrung seiner Rechte und der Volksrechte gegen diesen Eingriff, sowie gegen die Rechtsgiltigkeit jeden Verfahrens und jeder Verurtheilung, welche daraus hervorgehen würden. Abg. Stavenhagen und Schwerin sprechen für die Ueberweisung des Antrags an eine Commission, um den Schein einer Uebereilung zu vermeiden. — Minister Graf zur Lippe erklärt, daß er von den Motiven des Obertribunalsbeschlusses officiell nicht benachrichtigt und daher außer Stande sei Erklärungen abzugeben. — Abg. Gneist spricht für Ueberweisung an eine Commission; sollte die Schlussberathung beschloffen werden, so wäre der Justizminister als Chef der Staatsanwaltschaft, der über die Beschlüsse des Obertribunals Kenntniß fordern könne, einzuladen. — Die Abgeordneten Birchow, Anruh und Zimmermann sprechen für die Schlussberathung, welche unter gleichzeitiger Aufforderung des Justizministers zur Theilnahme an der Berathung beschloffen wird. — Zum Referenten des Antrags wird Fockensbeck, zum Correferenten Ahmann bestimmt. — Ferner wird Schlussberathung für Reichensperger's Adreßantrag (Referent Gneist, Correferent Waldeck) und für Jung's Antrag bezüglich des Freiwilligendienstes beschloffen. — Kriegsminister v. Roon bringt den Entwurf betreffend den außerordentlichen Gelddarleh der Marineverwaltung ein und bezieht sich auf seine vorjährige Motivirung. Die damaligen Bedenken wegen des problematischen Besizes von Kiel seien nunmehr geschwunden; der Minister appellirt an den Patriotismus. Besagter Entwurf wird einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. — Minister v. Bodelschwing überreicht die allgemeinen Rechnungen für die Jahre 1859 bis 1862 mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer. Der Jahrgang 1863 ist noch unerleibt. Diese Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen. Derselbe bringt ferner einen Entwurf über die

Regulierung der Grundsteuer ein, welcher der Finanz-Commission zugewiesen wird. — Minister Graf zur Lippe überreicht einen Entwurf betreffend die Ermäßigung des Kriegsfostenzuschlages. Wird an die Justizcommission gewiesen. — Hieran wird zur Tagesordnung geschritten. Graf zur Lippe gibt bekannt, der im Dienste abwesende Minister Noon werde die Interpellation der Abg. Wasmuth und Bonin in der nächsten Sitzung beantworten. Hieran folgt die Verhandlung über den Birkow'schen Antrag bezüglich Lauenburgs. Graf Bismarck erklärt: Der Wiener Frieden habe dem Staate schwerere Lasten auferlegt als der Erwerb Lauenburgs; er fragt: Warum sei damals kein Antrag gestellt worden? „Lasten“ gemäß Verfassungsartikel 48 seien dem Staate keineswegs zugemutet worden. Lauenburg sei kein „fremdes Reich“, das widerspreche dem Sprachgebrauch und der Entstehungsgeschichte des Art. 55 der Verfassung. Die Begriffe Staat und Krone seien in Preußen untrennbar. Der König sei als oberster Kriegsherr zur Verfügung über Eroberungen seiner Kriegsmacht berechtigt. „Ich würde zur Incorporation die Hand nicht bieten, die Lauenburger wollen sie auch nicht; vielleicht wollen Sie, wenn in Preußen ein „gutes“ Ministerium bestände. Sie hätten früher gegen die Personalunion sprechen können und können es noch bei Schleswig-Holstein, aber Sie schweigen; wir wissen nicht, was Sie über die Herzogthümer denken. Im Grunde der Verhältnisse kann man den Landtag nicht einberufen. Hätte der große Kurfürst stets die Meinung der Stände eingeholt, was wäre aus der Provinz geworden, nach welcher die Monarchie genannt wird? — Uebrigst sagt: Der betreffende Artikel der Verfassung sei im Sinne der Regierung nicht interpretierbar. Vom politischen Standpunkte aus sei nur eine Staatsvererbung denkbar, welche durch preussisches Blut und Geld bewirkt sei. Niemand wünsche mehr als die Landesvertretung rechtliche Erwerbungen, Zuwachs und Erweiterung der Macht des Landes. Das Vorgehen der Regierung leide der Dynastie schlechte Dienste. — Bismarck erklärt, die Regierung hätte eine Vorlage gemacht, wenn sie auf eine unparteiische Behandlung rechnen könnte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen mache sie nur eine Vorlage, zu welcher sie durch den Buchstaben der Verfassung gezwungen ist. — Birkow vertheidigt seinen Antrag auf das Ausführliche. — Bismarck, an eine Bemerkung des Redner's anknüpfend, constatirt, die Regierung ziehe jetzt wie im vorigen Jahre die Personalunion der Herzogthümer den Februarberathungen vor. — Zweifeln recapitulirt den Verlauf der Debatte, erklärt sich entschieden gegen die Personalunion und empfiehlt den Antrag der Commission. Bei der namentlichen Abstimmung wird der Commissionsantrag mit 251 gegen 44 Stimmen angenommen. Mit „Nein“ stimmten die Conservativen, einige Katholiken, Foucher, Michaelis und Prince-Smith.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Der Kaiser hat mit einem eigenhändigen Schreiben dem schweizerischen General Dufour das Großkreuz der Ehrenlegion überreicht. — Die ottomaniische Bank hat sich bereit erklärt, die von den englischen Gläubigern erster Serie in Bezug auf die Verpfändung der „rumelischen Hammelherden“ erhobene Rechtsfrage durch einen Schiedsrichterpruch mehrerer Rechtsgelehrten entscheiden zu lassen. Bis auf Weiteres soll daher die Ausgabe der neuen Obligationen des mit dem Credit Mobilier abgeschlossenen Anlehens aufgeschoben werden, während man zur Deckung der fälligen Coupons die betreffende Zahlungsquote vorläufigweise entgegen nimmt. — Der Kaiser, sagt man, würde sehr gern den General Goyon das Ober-Commando übernehmen sehen, das demselben unter der Hand angeboten worden sein soll. Der General habe ein Engagement nur für zwei Jahre annehmen und zugleich seinen Rang in der französischen Armee beibehalten wollen. Beides habe man ihm gewährt. Nicht so eine dritte Bedingung, nach der er in dem offiziellen Eisten als nicht dienthuender Adjutant des Kaisers fortgeführt werden sollte, da es in Florenz denn doch ein wenig zu sonderbar hätte erscheinen müssen, einen Adjutanten Napoleon's III. an der Spitze der päpstlichen Truppen zu sehen. — Gestern fand in den Tuilerien der letzte große officielle Ball statt. Ueber 3000 Personen waren zu demselben befohlen. Der Kaiser und die Kaiserin blieben bis nach Mitternacht.

Großbritannien.

Nach einer in Dublin an allen Straßenecken angeschlagenen Proclamation wird der früher auf die Pabsthaftwerdung des Genier-Hauptlings Stephens gefetzte Preis von 1000 Pf. Sterl. auf das Doppelte erhöht und werden demjenigen 1000 Pf. St. zugesagt, durch dessen geheime Mittheilung die Einfangung des Flüchtigen bewerkstelligt wird. Seinen Mittheilungen sei der Thron, so wie denjenigen, welche ihn beherbergen, wird, wenn sie sein Versteck verrathen, eine Belohnung von 300 Pf. St. zugesagt.

Die Briefe aus Neu-Seeland enthalten eine schreckliche Geschichte. Bekanntlich sind dort die Engländer beinahe in immerwährendem Krieg mit den Eingeborenen und Wilden. Der Gouverneur hatte nun unlängst Friedensverschlüsse gemacht, und da die Cannibalen Lust zeigten, sie anzunehmen, so sandte man ihnen zur näheren Aufklärung der Bedingungen einen der Sprache kundigen verdienstvollen Engländer, Hrn. Broughton. Doch kaum war er in ihrer Gewalt, als sie ihn, da es Abends war, an einen Baum banden. Am nächsten Morgen schnitten sie ihm Stücke Fleisch aus dem Körper, rösteten und verzehrten sie, während er heulte und jammerte, und verscharrten ihn dann noch lebend in den Sand. Auch der Sohn des Colonisten Henderson fiel in ihre Hände; man erschlug ihn mit Keulen, und riß ihm Gehirn und Augen aus, welche dann

geröstet den Wilden als Leckerbissen dienten. Obgleich bei dem Kampfe der Engländer mit diesen Halbmenchen diese letzteren immer den kürzeren ziehen, so werden doch immer einige Offiziere und Soldaten dabei schwer verwundet, welche dann, wenn sie in Gefangenschaft gerathen, auf die grausamste Weise geschlachtet werden.

Dem preussischen Botschafter Grafen Bernstorff in London ist vor wenigen Tagen, als er beim Marquis of Exeter zu Besuche war, auf der Jagd das Unglück zugefallen, dem Lord B. Cecil eine volle Schrotladung durch's Bein zu schießen. Die Verletzungen waren zum Glück nicht bedeutend; der Lord befindet sich auf dem Wege zur Besserung.

Russland.

Ueber Güter-Ankäufe in Polen wird aus Oesterreich geschrieben: In dem benachbarten Königreich Polen wurden im Laufe des vorigen Jahres und schon früher zum Theile sehr bedeutende Rittergüter von Deutschen, namentlich auch von Schlesien, angekauft. Unter den letzteren befinden sich Graf Hensel von Donnerstern, Graf Schaffgotsch, v. Kramsta und der Herzog von Ujest. Letzterer steht wegen Ankauf eines weiteren größeren Complexes noch in Unterhandlung. Die Güter enthalten der Mehrzahl nach Lager von Steinkohlen, Eisenerzen und Galmern, theilweise auch reiche Holzbestände. Bedeutende Transporte von Bau- und Hüttenhölzern werden gegenwärtig aus Polen über die Gränze exportirt.

In einem sibirischen Bergwerk, in welchem zahlreiche wegen politischer Vergehen verurtheilte Polen beschäftigt waren, soll ein Hauptsticht eingestürzt sein und sämtliche Arbeiter begraben haben. Der eingestürzte Sticht war so tief, daß ungeachtet aller Anstrengungen von den Verschütteten, unter denen sich auch die russischen Aufseher befanden, nicht ein einziger gerettet werden konnte. Unter den Verunglückten wurden ein Gutsbesitzer Luchowski und ein Geistlicher aus dem Gouv. Plesset gerettet.

Aus Anlaß der Ankunft des Gesandten der nordamerikanischen Vereinigten Staaten, General Clay und des Gesandtschaftssekretärs Hrn. Courtin von Petersburg nach Moskau, gaben die Moskauer Kaufleute, um ihre nationale Sympathie für die vereinigten Staaten und ihre Dankbarkeit für die unlängst von Seite des amerikanischen Volkes den russischen Marineoffizieren erwiesene Gastfreundschaft auszudrücken, am 6. v. zu Ehren dieser Gesandtschaft ein Diner für 127 Personen. Am Beginn des Diners spielte das Orchester Variationen aus Motiven des beliebtesten amerikanischen Liedes „Swanee dole“. Hieran wurden Toaste auf den Kaiser Alexander bei den Klängen der Volkshymne, auf den Präsidenten Johnson bei den Klängen der Hymne „Hail Columbia“ u. s. w. ausgebracht und wurde über Liverpool nach Washington ein entsprechendes Telegramm abgesandt. Bei der Abreise des Gesandten wurde ihm ein Album von photographischen Ansichten der Stadt Moskau und das Werk: „Geschichte der Moskauer praktischen Handels-Akademie“ überreicht.

Nach dem neuesten Ausweis des „Golos“ ist die Cholera in der Stadt Zyromierz völlig erloschen. In Kiew war vom 1. Nov. bis 20. Dec. v. J. im israelitischen Spital kein Cholerafall, und es wurde demnach der Choleraausbruch dort aufgelöst.

Afrika.

Von der Expedition des Baron von der Decken in Ostafrika sind traurige Nachrichten eingelaufen. Die Expedition fuhr am 15. August auf dem kleinen Dampfer „Welf“ den Fluß Dschuba (Zubo, wie er auf einigen Karten geschrieben ist) aufwärts und gelangte bis über die Stadt Verdera hinaus, deren Bewohner die Expedition mit Mißtrauen betrachteten und ihr allerlei Hindernisse bereiteten. Am 26. September stieß der „Welf“ auf feierlichen Grund und erhielt ein gefährliches Ver. Baron von der Decken ging mit Dr. Link, dann dem Chef Abbio und einigen seiner Leute nach Verdera zurück, um Lebensmittel und Hilfe zu suchen. Sie wollten bereits am folgenden Tage Vortritt oder wenigstens Proviant senden. Allein drei Tage verstrichen im vergeblichen Harren. Mittlerweile benutzte die räuberischen Somalis die Verminderung der Mannschafft, um die Expedition zu überfallen. Der Ingenieur Kanter, beurlaubt von der k. k. österreichischen Marine, und der Maler Trenn, ein Preuße, wurden niedergemetzelt; den Andern gelang es zwar, die Somalis zurückzutreiben, allein ihre Lage war so gefährlich, daß sie für gerathen fanden, sich auf und davon zu machen. Auf einem Boote ruderten sie stromabwärts, gelangten am 6. October an die Mündung des Dschuba und erreichten von da am 24. October Zanzibar, wo sie sofort das holländische und das englische Consulat um Hilfe ansuchten. Am 11. November dampfte ein englisches Kriegsschiff nach Dschuba zu, um den Baron von der Decken und Dr. Link aufzusuchen oder wenigstens sichere Nachricht von ihrem Schicksal zu erhalten. Personen, welche mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind, versichern, man dürfe die Hoffnung auf die Rettung der Beiden nicht aufgeben.

Amerika.

Privatbriefe aus Neu-Orleans bestätigen die Ueberrumpelung von Bagdad (Mexico) durch ein aus farbigen Truppen bestehendes Infanterie-Regiment der Vereinigten Staaten. Als ihr Führer wird Oberst Davis genannt. Es sollen viele Stadtbewohner getödtet und 300 gefangen worden sein, die sich den Eroberern aber sofort angeschlossen und Garnisonsdienste verrichteten. Sedoch erscheinen diese Mittheilungen insgesamt mehr als fraglich, nachdem Sheridan in einer aus Neu-Orleans nach Washington gelangten Depesche jede Kenntniß von dem Angriffe auf Bagdad in Abrede stellt. Er habe allen seinen Untergebenen die Bewahrung strenger Neutralität anbefohlen und halte sämtliche Nachrichten über Bagdad für bloße Erfindung. Eine andere, vom „Herald“ allein gebrachte Nachricht, daß die ungeschlagene andertthalb deutsche Meilen von der Hauptstadt Mexico's gelegene Stadt Toluca den Republikanern in die Hände gefallen und daß Marshall Bazaine mit allen kaiserlichen Truppen der Hauptstadt zu deren Wiedereroberung ausgezogen sei, bedarf ebenfalls weiterer Bestätigung.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krautau, den 5. Februar.
* Se. Excellenz der Herr Statthalter und Landescomandirende H. H. Freiherr v. Baumgarten ist am 1. d. mit dem Abzuge von Wien nach Lemberg zurückgekehrt.

* Herr v. Karger hat Sonnabend als „Krautau“ sein hiesiges Gastspiel vorläufig abgeschlossen, um es nach der Rückkehr von Lemberg in einem Cyclus klassischer Stücke (Zell, Räuber, Carl Schiller, Esch etc.) wieder aufzunehmen. Der gehetzte Gast nimmt von hier die Erinnerung an die schmerzhafteste Anerkennung seines künstlerischen Wertes, an einen durchgreifenden Erfolg; von Vorstellung zu Vorstellung hatte sich die Theilnahme an seinem Spiel gesteigert, in der letzten wurde Herr v. Karger nicht weniger als zwölfmal gerufen. Die Rolle des „Krautau“ ist aber auch eine solche, die seiner Individualität zusagt, wie keine andere und in welcher seine natürlichen und geistigen Vorzüge im schönsten Licht sich zu zeigen vermögen. Krautau verlangt Wärme der Empfindung, tiefes Gefühl, die Gluth künstlerischer Begeisterung, in Ton und Sprache, in Haltung und Bewegung sich kundgebend, das Ziel der Seele, alles, was Gerechtigkeit ihrem Recht nachrühmt, die edle Gestalt, des Mundes Schmelze, der Augen Gewalt, der Hände Zauberkraft — so reich ausgestattet wird und muß ein Schauspieler die von Dumas herrlich gut gemeinte Figur des britischen Wimen zu einem wahrhaft hinführenden Geilde heben. Daß Herr v. Karger alles das, was dieser Rolle Interesse zu leihen vermag, in vollem, jedenfalls in reichem Maße als selten ein anderer Künstler beizubringen dürfte wohl nur eine Stimme herrschen. Seine Erscheinung ist eine geradezu bestehende zu nennen und aus jedem Tonfall des weichen vollen Organs scheint ein für alles Schöne empfängliches Herz, ein reiches Gemüth, ein für die Kunst hochbegeisterter Sinn zu sprechen. Wir gestehen offen, selten hat ein Künstler einen gleich angenehmen Eindruck auf uns gemacht; aber auch ohne diese Voreingenommenheit wird die große Naturwahrheit, das volle frische Leben seiner Darstellung, das strenge Gehalten des rechten Maßes bei aller Hingebung an den Stoff, das stets klar zu Tage tretende Verständnis zu seinen Gunsten sprechen und uns sagen, daß wir eine echte Künstlerkunst vor uns haben, einen Schauspieler, dem es hoher Ernst ist mit seinem Beruf, der mit seinen reichen schönen Mitteln auch wahrhaft Schönes zu leisten strebt und versteht. Die Redensart von dem heiligen Feuer, das in der Brust des wahren Künstlers lodert, ihn durchglüht und es erwärmt, bei ihm ist es mehr als Phrase. Herr v. Karger mußte jedem Theater zur Freude gereichen und völlig räthselhaft büßte uns, einen Mann wie ihn zum Leben eines Nomaden verurtheilt zu sehen; wie reich er von der Natur aus begabt, wie reich scheint ihm zu fehlen, Glück und das Geschick, Neid zu machen. Auf die Vortheile der Kunst, das lebhafteste, treffliche Spiel des Gastes auch diesmal wohlthätige Wirkung. Frau Ernst (Helena), Gräfin von Holzhauser (Anne), Herr Paulmann (Salomon), Herr Belk (Herzog von Devonshire), Herr Weller (Lord Melville) und Herr v. Kossak (Graf Giesfeld) trugen redlich das Ihre bei zum Gelingen der höchst brillant aufgenommenen Vorstellung.

* Heute geht endlich mit neuer Ausstattung, Wiener neuen originalen Concertinstrumenten, Tänzen etc. die musikalische Ghesellschaft von Offenbach „Tschin Tschin“ in Scene. Gestern gingen Korymbow'sk's Räuber, „Karpathen-Gräben“, in denen sich Hr. Wodjewa und Hr. Wenda durch ergreifendes Spiel auszeichneten, bei voller Gallerie und Parterre und leeren Logen, die das für ein Mitternacht delfo gefüllter waren, über die Bretter. Auch hier wurde „Tschin“, d. h. von den im dicht und bunt besetzten Räume vertheilt und von der Menge viel umjauchter Bühnengliedern mitgespielt, während andere auf der Bühne in der Fäule „Müller und Schornsteinfeger“ completirten und schwarz weiswachten. Auf der gestrigen polnischen Sonntags-Debuten, die vorher schon ihren Anfang genommen, war das Wogen und Gedränge unerhört, die Forderungslust erging sich in vollen Zügen, Charakter- und Thiermasken, Herren- und Dienstknechte, wandelnde Tulpen, elegante Domino's, Pierrot's, Königin der Nacht, Jockey und Krawale waren gedrängt und oft wüthig, noch um 3 Uhr früh wurde fortgewogen, da so viel wenig fählicher gewordenen lustigen Menge. Man hat so viel Geduld auf den Rebutanten gefunden, daß übermorgen Mittwoch noch eine weitere eingelegt werden soll.

* Sonnabend hatten die Unterofficiere des Lin.-Inf.-Regiments König von Hannover einen Ball im Redoutensaal veranstaltet, der wie jener früherer Jahre sehr besucht und ausnehmend sehr beliebt war. Nicht allein daß die Ballgeber ein höchst elegantes Contingent mitunter ganz schmucker Tänzerinnen aus diesem zu stellen gewußt, hatte auch eine stattliche Reihe von Honoratioren der an sie ergangenen Einladung Folge geleistet und dem Feste Glanz verliehen. Die gesamte Generalität, eine große Anzahl von Stabs- und Oberofficieren hatten sich eingefunden, der Herr Chef der Statthalter-Commission, der Herr Polizeidirector etc. den Ball mit ihrer Gegenwart beehrte; der festlich decorirte, mit militärischen Trophäen und den Willkuren Ihrer Majestäten geschmückte Saal, das bunte Treiben der in ihren kleidsamen Uniformen dahin wirbelnden Tänzer und ihrer dem selten geöffneten Vergnügen des Tanzes mit vollem Begehren sich hingebenden Partnerinnen boten ein hübsches Bild. Hier und auf dem andern Ball bei Frühbott verstand eine treffliche Polka des Herrn Capellmeisters Wie dem auch die „Nachschwärmer“ noch mehr aufzuweisen. Ebenso anregend wirkte bei Frühbott vorzugsweise der Gultus des Wagners gepflegt wird, neue Weisen dieser nationalen Tänze. — Wie wir hören, ist von einem Schützenball im heurigen nächsten Dinstag schließenden Carneval abgesehen worden. Die „Kranzchen“ im Casino finden morgen und Montag statt. Am Sonntag ist die letzte deutsche sich schwankend ausschneidende, Fasching-Dinstag die letzte polnische Debuten, wo am Mitternacht alle Geigen schwingen. Nächsten Sonnabend 10. d. findet eine „Größe“, ein öffentlicher Ball zum Besten der hiesigen Kleinkinderbewahranstalten im großen Saal des Sächsischen Hotels statt, der voraussichtlich sehr besucht sein dürfte, einmal weil er hier der erste öffentliche, und dann, weil er unterhaltend zum Unterhalt eines Infinitums beitragen soll, welches nur durch wohlthätige freiwillige Beiträge erhalten, sich der allgemeinen Sympathie erfreut. Hier rufen die armen Kleinen, welche Christus zu sich kommen heißt, selbst: Kommt recht zahlreich unsern Weg.

* Die Herren Anton Golejewski, Cajetan Agosowicz und Maximilian Landesberger, Abgeordnete aus Kolomea, erklären in der „Wag. nar.“, daß sie zur Befehlsmäßigkeit der Unterthänigkeitsleistungen in den Kolomeaer Kreis auf die Central-Northlandscommission keinen Einspruch nehmen, ferner daß sie bei der Ernennung der Bezirkschefs in der den Northlandscomitö keine Theilnahme hatten, da die Wahl von der Central-Northlandscommission abgehängt hat.

* Der unter dem Protectorate der Gräfin Goluchowska zum Besten der Lemberger Kleinkinderbewahranstalten arrangirte Ball war nicht sehr zahlreich besucht, aber animirt. Alle Herren, sagt „Przeglad“, erschienen, außer dem Grafen Fr., in schwarzen Fracks. (Auch auf dem hiesigen Bürgerballe waren Fracks in überwiegender Mehrzahl.)

Handels- und Börsen-Nachrichten.

[Der Stand der österreichischen Nationalbank.]
Vom 31. Jänner ergibt in Vergleichung mit dem Status vom 31. December v. J. eine Abnahme des Notenumlaufes von 9.666.679 fl., dem eine Verringerung des Gecompote um 7.877.493 fl. und der Darlehen um 2.426.100 fl. gegenübersteht. Ferner haben sich vermindert: Die einzufließenden Bankanweisungen um 718.665 fl., die unbezogenen Dividenden um 3.547.326 fl. und unbezogenen Pfandbriefen um 1.198.171 fl. Dagegen gingen ein: Auf die durch Staatsgüter bedeckte Staatsanleihe 2.305.495 fl. auf die Schuldverschreibung der Carl Ludwigsbahn um 1.384.845 fl. und auf die Salvi laufender Rechnungen 1.405.858 fl. Der Rest der Einbuße hat sich wieder um 1.500.000 fl. die Silberanleihe um 20.000 fl. verringert, wogegen sich der Metallschatz um 1.520.002 fl., auf die in Metall zahlbaren Wechsel um 6757 fl. vermehrt haben. Eine Zunahme der Hypothekendarlehen um 751.391 fl. steht eine Vermehrung der umlaufenden Pfandbriefe um 729.100 fl. gegenüber. Seit dem 24. hat sich der

Notennumlauf um 4.350.006 fl. verringert, gleichzeitig haben der Gecompote um 4.350.006 fl. und die Darlehen um 617.360 fl. abgenommen. Die Einbuße wurde in den letzten acht Tagen um 300.000 fl. vermindert, welche in den Metallschatz floßen, auch die Abzahlung auf die Staatsgüter-Staatsanleihe von 2.305.495 fl. erfolgte in dieser Zeit.

Wien, 3. Februar. Nachm. 2 Uhr. [Gaz.] Met. 62.35. — Nat.-Anl. 65.60. — 1860er Lofe 82.65. — Bankactien 754. — Credit-Actien 151.10. — Silber 103.40. — London 103.40. — Ducat 4.94.

Berlin, 3. Februar. Böhmische Westbahn 713. — Gal. 804. Staatsb. 110. — Freiwill. Anleihen 1005. — Sycr. Met. 601. — Nat.-Anl. 64. — Credit-Lofe 744. — 1860er-Lofe 804. — 1864er Lofe 493. — 1864er Silber-Anleihe 674. — Credit-Actien 731. — Wien 96.

Berlin, 3. Februar. [Status der preussischen Bank.] Vorrath: 61.235.000, Bahiergelb: 2.265.000, Wechselbills: 75.235.000, Lombardbills: 13.964.000, Staatspapiere 13.942.000, Notennumlauf: 117.581.000, Depositionen: 20.774.000, Staatscassenguthaben: 4.123.000 Thaler.

Frankfurt, 3. Februar. Sycr. Metall 553. — Anleihen vom Jahre 1859 693. — Wien 1123. — Bankactien 850. — 1854er Lofe 724. — Nat.-Anleihe 624. — Credit-Actien 170.5. — 1860er Lofe 804. — 1864er Lofe 873. — 1864er Silber-Anleihen 683. — American 704.

Hamburg, 3. Februar. Nat.-Anl. 623. — Credit-Act. 714. 1860er Lofe 783. — American fehlt. — Wien fehlt.

Paris, 1. Februar (Abends). Nach dem Wochenanweis der Bank haben sich die Privatrechnungen um 4½ Millionen Francs vermehrt, dagegen der Metallvorrath um 3½, das Portefeuille um 204, die Billeite um 174 und der Treior um 2½ Mill. Francs vermindert.

Paris, 3. Februar. Schlusscourse: 3procentige Rente 68.95. — 4procent. Rente 98.40. — Staatsbahn 410. — Credit-Mobilier 691. — Lombard 402. — Oester. 1860er Lofe fehlt. — Piemont. Rente 62.10. — Oester. Nat. 345.25.

London, 1. Februar. Wochenanweis der englischen Bank: Notennumlauf 21.066.225 Pf. St. (Zunahme 95.845 Pf. St.); Vorrath 13.165.480 Pf. St. (Zunahme 94.720 Pf. St.); Notenreserve 5.936.900 Pf. St. (Zunahme 2.065 Pf. St.).

London, 3. Februar. Schluss-Consols 863. — Lomb. Cit. Actien 132. — Silber 611. — Wien fehlt. — Türkische Consols 383. — Angl. Anl. fehlt. — Amer. fehlt.

Liverpool, 3. Februar. (Baumwollenmarkt.) Umlauf 8.000 Ballen. — Upland 183. — Fair Bhol. 16. — Middl. Fair Bhol. 143. — Middl. Bhol. 143. — Bengol 12. — Comra 154. — Pernam 194. — Seide 123. — Egyptian 224.

Lemberg, 1. Februar. Goldbarren Ducaten 4.89 Gold, 4.96 Waare. — Kaiserliche Ducaten 4.91 Gold, 4.97 W. — Russischer halber Imperial 8.48 W. 8.59 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.58 W. 1.62 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.33 W. 1.35 W. — Preussischer Conant-Thaler ein Stück 1.54 W. 1.56 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Coup. 63.50 W. 66.22 W. — Gal. Pfandbriefe in G.W. ohne Coup. 68.77 W. 69.51 W. — Galiz. Grundentlastungsbillets ohne Coup. 67.75 W. 68.38. — National-Anleihen ohne Coup. 66.15 W. 66.85 W. — Galiz. Carl-Ludwig-Güterbahn-Actien 166. — W. 168.50 W.

Krautauer Cours am 3. Februar. Alles polnisches Silber für 100 fl. v. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für 100 fl. v. 123 verl., 120 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. v. 100 fl. pol. 844 verlangt, 824 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 504 verl., 494 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. öst. W. 135 verl., 132 bez. — Preuß. oder Vereinsrubel für 100 Thaler fl. ö. W. 1564 verl., 1534 bez. — Preuß. Cour. für 100 fl. öst. W. Thaler 974 verl., 964 bez. — Neues Silber für 100 fl. öst. W. Thaler 1044 verl., 1034 bez. — Wollw. öst. Rand-Ducaten fl. 4.98 verl., 4.88 bez. — Napoleondors fl. 8.43 verl., fl. 8.28 bez. — Russische Imperials fl. 8.60 verl., fl. 8.45 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst Coup. in ö. W. 67. — verl. 66. — bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in G.W. fl. 70.25 verl., 69.25 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in öst. W. fl. 70. — verl. 69. — bez. — Actien der Carl-Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. öst. Währ. fl. 170. — verl., 166. — bez.

Neueste Nachrichten.

Vest, 4. Februar. Der gestern in Dfen abgehaltene Ministerrath hängt, wie man dem „Lloyd“ aus Wien schreibt, vermuthlich mit den ungarischen Angelegenheiten und der preussischen Depesche in Betreff der Altonaer Massenverammlung zusammen.

Wie mehrere hiesige Blätter berichten, werden Ihre Majestäten heute das Nationaltheater besuchen. „Hon“ ergänzt den vorgestrigen Artikel des „Vesti Naplo“ dahin, daß nicht allein die hervorragenden Männer der ehemaligen Verfassungspartei, sondern alle liberalen Patrioten sich Deak anschließen.

Berlin, 4. Februar. Der heutigen „Spener'schen Zitg.“ wird gemeldet: Die angekündigte (vom Wiener Cabinet erfolgte) Mißbilligung des Verhaltens des österreichischen Statthalters in Galizien gegenüber der Altonaer Massenverammlung durch das Wiener Cabinet sei unbegründet, weil sie in Anbetracht der Vollmacht des Statthalters unzulässig sei. Nichtsdestoweniger habe Graf Mensdorff dem preussischen Gesandten Baron Werther sein Bedauern über die gedachte Massenverammlung ausgedrückt.

Kopenhagen, 3. Februar. Der Reichstag wurde heute geschlossen, der Reichsrath wird Montag eröffnet. Die Botschaft des Königs motivirt die Einberufung des Reichsrathes mit der noch unerledigten Verfassungsfrage und dem bevorstehenden Ablauf der Finanzperiode.

Newyork, 24. Jänner. Die Republikaner sind noch im Besitze der mexicanischen Stadt Bagdad. Der französische Gesandte interpellirte deshalb den Staatssecretär Seward, welcher, selbst ohne Nachricht, an Sheridan telegraphirte, eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen zu bestrafen. — Die Franzosen haben Chihuahua besetzt; Suarez befindet sich in El Paso.

Tripoli, 3. Februar. (Ueberlandpost.) Bombay, 13. Jänner. Die in Lahore befindliche Gesandtschaft Kofans ist beauftragt, bessere Handelsverbindungen mit Indien herzustellen. — Der Aufstand der Rhonds im südlichen Indien wurde rasch unterdrückt; die rebellischen Waghirs wurden geschlagen. — Livingston ist nach Zanzibar abgereist. Zwischen Arabern und der Besatzung in Aden sind Feindseligkeiten ausgebrochen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Vocet.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 3. auf den 4. Februar.
Angelommen sind die Herren Gutsbierger: Gustav Dabek und Kossowa, Fürst Franz Woroniedt aus Odessa.
Abgereist sind die Herren Gutsbierger: Graf Johann Tarnowski nach Galizien, Baron Ferdinand Baum nach Galizien.
K. k. Theater in Krautau. Heute zum ersten Male: „Tschin Tschin!“ Operette von Offenbach. Vorher: „Des Herrn Magister Perle's Ruppel von Göttern.“

Der galizische Landtag hat in Betreff der Einhebung der Landeszuschläge für das Jahr 1866 unterm 19. December 1865 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Artikel I.

Die bisherigen Zuschläge mit 11 1/2 Kreuzer für den Landesfond, und 51 Kreuzer für den Grundentlastungs-fond von Einem Gulden der directen Steuern ohne Einrechnung des Kriegszuschlags, werden auch im I. Quartal des Verwaltungsjahres 1866 in der bisherigen Weise eingehoben.

Artikel II.

Dieser Beschluß kann den Beschlüssen nicht präjudiciren, welche der Landtag bei Feststellung des Voranschlags für das Jahr 1866 bezüglich der erwähnten Zuschläge selbst in Betreff des I. Quartals 1866 fassen sollte, und hat in keinem Falle länger verbindliche Kraft, als bis Ende März 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben laut hohen Staatsministerial-Erlasses vom 9. Jänner 1866 Z. 161/St. M., mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Jänner d. J. diese vom galizischen Landtage für das I. Quartal 1866 beschlossene Umlage von 11 1/2 Kreuzer für den Landesfond, und von 51 Kreuzer für den Grundentlastungs-fond von jedem Gulden der directen Steuern ohne Kriegszuschlag, allergnädigst zu genehmigen geruht.

Was hiemit in Folge Erlasses des Statthaltereipräsidentiums vom 18. Jänner d. J. Z. 409/pr. mit dem Befügen zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß wegen Ausdehnung und Einhebung des Zuschlags für den westgalizischen und den Krasauer Grundentlastungs-fond, für das I. Quartal 1866 unter Einem die nöthigen Verfügungen getroffen wurden.

Vom Präsidium der k. k. Statthaltereicommission. Krasau, am 29. Jänner 1866.

Obwieszczenie.

Sejm galicyjski, względem poboru dodatków krajowych na rok 1866 uchwalał pod dniem 19 grudnia 1865 co następuje:

Artykuł I.

Dotychczasowe dodatki w kwocie 11 1/2 krajcarów na rzecz funduszu krajowego, i w kwocie 51 krajcarów na rzecz funduszu indemnizacyjnego od jednego zlot. ren. stałych podatków bez wliczenia dodatku wojennego, pobierane będą także w I. kwartale roku administracyjnego 1866 w sposób dotychczasowy.

Artykuł II.

Uchwała ta przesądzać nie może uchwałą, które Sejm przy ustaleniu budżetu na rok 1866 względem powyższych dodatków, nawet co do I. kwartału 1866 wydać miał, i w każdym wypadku obowiązującej mocy dłużej nie ma, jak do końca marca 1866.

Jego ces. król. Apostolska Mość, według rozporządzenia wysokiego Ministerstwa Stanu z dnia 9 stycznia 1866 Najwyższem postanowieniem z dnia 8 stycznia b. r. najlaskawiej potwierdzić raczył to przez Sejm galicyjski uchwalone rozpisanie dodatków na I. kwartał 1866 w kwocie 11 1/2 krajcarów na rzecz funduszu krajowego, a w kwocie 51 krajcarów na rzecz funduszu indemnizacyjnego od każdego zlot. r. stałych podatków, bez doliczenia dodatku wojennego.

Co się niniejszemu wskutek polecenia Prezydium Namiestnictwa z dnia 18 stycznia r. b. do l. 409/pr. z tem nadmienieniem do powszechniej wiadomości podaje, że względem rozpisania i pobierania dodatku na rzecz zachodnio-galicyjskiego i Krakowskiego funduszu indemnizacyjnego na kwartał I. 1866 r. jednocześnie wydano potrzebne rozporządzenia.

Z Prezydium c. k. komisji Namiestniczej. Kraków, 29 stycznia 1866.

3. 1433. Rundmachung. (123. 2-3)

Zufolge allerhöchster Entschließung vom 30. December 1865 (Reichsgesetzblatt XLII. Stück, Nr. 149) haben Se. k. k. Apostolische Majestät dem Finanzgesetze für das Jahr 1866 die allerhöchste Sanction zu erteilen geruht.

Nach diesem Gesetze wird der zufolge kaiserlicher Verordnung vom 13. Mai 1859 (R. G. Bl. Nr. 88) bestehende außerordentliche Zuschlag zu den directen Steuern für das Verwaltungsjahr 1866 wie im Vorjahre:

- a) Bei der Hauszinssteuer mit zwei Fünftel;
 - b) Bei der Erwerbssteuer mit zwei Fünftel;
 - c) Bei dem Contributo arti e commercio im lombardisch-venetianischen Königreiche mit zwei Fünftel, und
 - d) Bei der Einkommensteuer mit zwei Fünftel des Ordinariums, dagegen
 - e) Bei der Grundsteuer mit drei Zwölftel, und
 - f) Bei der Hauszinssteuer mit drei Viertel des Ordinariums bemessen und eingehoben.
- Es wird femit bei den unter lit. e. und f. benannten Steuergattungen ein Nachschuß von einem Vierteltheil des bisherigen außerordentlichen Gesamtzuschlages eintreten.
- g) Die von den Zinsen der Staats-, öffentlichen Fonds und ständischen Obligationen zu entrichtende Einkommensteuer wird wie im Vorjahre mit sieben Prozent bemessen und eingehoben.

Die Einhebung der letzteren g. hat wie im Vorjahre ohne Unterschied der Währung, auf welche die Obligationen lauten, in der mit der kaiserlichen Verordnung vom 28. April 1859 (Nr. 67 des R. G. Bl.) festgesetzten Art mittelst Abzuges bei der Auszahlung der nach Rundmachung des erwähnten Finanzgesetzes fällig werdenden Zinsen zu geschehen.

In den Ländern, in welchen den Schuldner das Recht zum Abzuge der Einkommensteuer von den Zinsen der hypothekarisch oder bei Gewerbsunternehmungen angelegten Capitalien gesetzlich eingeräumt ist, hat sich dieses Recht

auch auf den nach dem berufenen Finanzgeße festgesetzten Zuschlag zu derselben zu erstrecken.

Was hiemit in Folge hoh. Finanz-Ministerial-Erlasses vom 11. Jänner d. J. Z. 1624 zur allge. reinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthaltereicommission. Krasau, den 22. Jänner 1866. August Ritter v. Merkl mp. k. k. Hofrath.

Obwieszczenie.

Najwyższem postanowieniem z dnia 30 grudnia 1865 r. (dziennik praw państwa XLI, nr. 149) raczył Jego ces. król. apostolska Mość ustawie skarbowej na rok 1866 udzielić najwyższej sankcji.

Na podstawie ustawy tej istniejący wskutek cesarskiego rozporządzenia z dnia 13 maja 1859 r. (dziennik praw państwa nr. 88) nadzwyczajny dodatek do stałych podatków pobieranym będzie w roku administracyjnym 1866 jak w przedroczu:

- a) od podatku czynszowo-domowego w dwóch szóstych częściach;
 - b) od podatku zarobkowego w dwóch piątych częściach;
 - c) od „Contributo arti e commercio“ w lombardzko-weneckim królestwie w dwóch piątych częściach;
 - d) od podatku dochodowego w dwóch piątych częściach zwykłego podatku.
- Wymierzonym zaś będzie i pobierany:
- e) od podatku gruntowego w trzech dwunastych częściach, zaś
 - f) od podatku domowo-klasowego w trzech czwartych częściach zwykłego podatku.

Przy powyż pod lit. e i f oznaczonych gatunkach podatków nastąpi zatem zmniejszenie o jedną czwartą część dotychczasowego nadzwyczajnego ogólnego podatku.

g) Oplacać się mający dochodowy podatek od procentów obligacji skarbowych publiczno-funduszy-wych i stanowych wymierzonym będzie i pobierany jak w przedroczu, z siódmym procentem.

Pobór pod g. oznaczonego podatku, bez różnicy waluty, na którą obligacje opiewają, winien być uskuteczniyony w sposób wskazany cesarskim rozporządzeniem z dnia 28 kwietnia 1859 r. w nr. 67. dziennika praw państwa, przez odciagnienie przy wypłacie procentów już po obwieszczeniu niniejszego prawa skarbowego zapadłych.

W krajach koronnych, w których przysługuje dłużnikom prawo do odciagnienia podatku dochodowego od procentów na hipotekę lub na przedsiębiorstwa rekodzielnieze lokowanych kapitałów, ma się rozciągać toż prawo i do podatku, ustanowionego rzeczoną ustawą skarbową.

Co się niniejszemu na skutek rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa skarbu z dnia 11 stycznia b. r. do l. 1624 do powszechniej podaje wiadomości. Z c. k. Komisji namiestniczej. Kraków, 22 stycznia 1866.

August Merkl mp. c. k. Rada dworu.

3. 2304. Rundmachung. (118. 3)

Der Kinderpestersbruch in Mikolajow und Rozdół, Bezirk Mikolajow, Dzieduszyce male Bezirk Zurawno und Turza wielka, die Einstellung der Hornviehmärkte im ganzen Strypier Kreise, sowie der Frieswege über Rozdół, Mikolajow, Turza wielka und Dzieduszyce male, dagegen die Eröffnung der Frieswege über Zydzaczow nach Lemberg, über Kalusz nach Zurawno, und Zyrawa nach dem Samborer Kreise wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthaltereicommission. Krasau, am 26. Jänner 1866.

3. 1365. Rundmachung. (119. 3)

Begen Hintangeabe einiger Conservationsarbeiten an der Brücke Nr. 57 über den Wisłoka-Fluß bei Pilzno wird am 12. Februar 1866 Nachmittags 4 Uhr beim Tarnower k. k. Straßenbaubezirke eine öffentliche Offerten-Verhandlung stattfinden.

Der Anrufpreis beträgt 2426 fl. 20 fr. s. W. Die näheren Bedingungen sind im h. o. Baudepartement und in der Kanzlei des gedachten Straßenbau-Bezirktes zu erfahren.

Unternehmungslustige werden daher aufgefordert, ihre mit einem 10% Badium belegten und verschriftmäßig verfaßten Offerten an dem obbestimmten Termine bei dem genannten Straßenbaubezirktsamte zu überreichen.

Nachträglich eingebrachte Offerten werden nicht berücksichtigt werden.

Von der k. k. Statthaltereicommission. Krasau, am 26. Jänner 1866.

3. 787. Rundmachung. (122. 2-3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Elias Kaliszer zum Sequester ernannt wurde und mit der Eintreibung der Forderungen an dem Krasauer israelitischen Gemeinde- und Spitals-Fond beauftragt ist. Seine Amtsthätigkeit beginnt mit dem 1. Februar 1866.

Vom Magistrat der k. Hauptstadt. Krasau, am 24. Jänner 1866.

Nr. 4203. Obwieszczenie. (126. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Ketach podaje do publicznej wiadomości, iż celem zaspokojenia należności mas depozytowych Jakóba Chromeckiego w kwocie 42 złr. wraz z procentem 5% od dnia 7 maja 1860 bieżącymi, Jana Spisza w kwocie 105 złr. 7 kr. w. a. i Lucyj Sokolowskiej w kwocie 19 złr. 2 kr. w. a. wraz z 5% odsetkami od dnia 1 listopada 1860 bieżącymi, jakoteż kosztów sądowych w kwocie 59 złr. 10 kr. w. a. i t. d. odbędzie się egzekucyjna publiczna sprzedaż realności dłużnikom Wincentemu Wronskiemu i s. p. Joannie Wronskiej należącej pod nr. kons. 9 st. 7 n., w Ketach położonej, w jednym

terminie na dniu 5 marca 1866 o 9 godzinie przed południem w tutejszym Urzędzie powiatowym jako Sądzie pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania sprzedać się mającej realności przyjmując się wartości szacunkowej w kwocie 3750 złr. 40 kr. w. a., jednakowoż ta realność sprzedana zostanie na powyższym terminie za cenę, którą tylko na pokrycie na pierwszy miejscu zahipotekowanej pretensji 1000 złr. w. a. wraz z przyn. wystarczyła.
2. Chęć kupienia mający obowiązani będą jako wadium 10% t. j. kwotę 375 złr. w. a. w gotówiznie, w listach zastawnych galic. stan. towarzystwa kredytowego, lub gal. obligacjach indemnizacyjnych podług kursu w ostatniej gazecie Krakowskiej notowanego, przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej złożyć, który to zadatek po skończonej licytacji kupicielowi w ostatnich 2/3 częściach ceny kupna wliczonym, zaś reszcie licytantom zaraz po skończonej licytacji zwróconym będzie.
3. Chęć kupienia mającym wolno jest akt oszacowania, wyciąg tabularny tej realności, jakoteż dalsze warunki sprzedaży w odpisie podnieść, lub takowe przejrzeć w registraturze tutejszego c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.

O tej licytacji zawiadamia się wszystkich wierzyteli, którymby uchwała licytacyjna pozwalająca albo weale nie, albo w należytych czasie doręczona nie została, i tych, którzyby później do hipoteki wejść mogli, do rąk pana Wincentego Zemanka starszego, kuratorem postanowionego i przez edykta, tudzież znających wierzyteli do rąk własnych, a 23 mas depozytowych do rąk pana Wiktora Brzeskiego kuratorem postanowionego.

Kety, dnia 20 grudnia 1865.

Nr. 6. Rundmachung. (128. 1-3)

Die Gläubiger der im Ausgleichtsverfahren befindlichen Glas Steinberger und Geballe Gleich, Spezerewaren-Händler in Tarnow unter der protocollirten Firma „Steinberger & Gleich“ werden hiemit aufgefordert, ihre aus was immer für einem Rechtstitel herrührenden Forderungen mittelst gehörig gestempelter Eingabe bei dem gefertigten k. k. Notar in Tarnow so gewiß bis einschließig 10. März 1866 anzumelden, widrigenfalls sie, im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus dem der Ausgleichsverhandlung unterliegenden Vermögen, insofern ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind, ausgeschlossen werden, und den in den §§ 35, 36, 38, 39 des Gesetzes vom 17. December 1862, R. G. Bl. Nr. 97 bezeichneten Folgen unterliegen würden.

Tarnow, am 29. Jänner 1866.

Janocha, k. k. Notar als Gerichts-Commissär

3. 1254. Edict. (113. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, es sei von diesem k. k. Gerichte der Concurz über das gesammte bewegliche und in den Kronländern, in welchen die Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 gültig ist, befindliche unbewegliche Vermögen des Joseph Scheinirer, Schmittwarenfabrikanten in Tarnow eröffnet worden. Es wird daher Jedermann, der an den obgenannten Verhältnissen eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, hiemit erinnert, bis zum 30. April l. J. die Anmeldung seiner Forderung mittelst einer förmlichen Klage gegen Frn. Adv. Dr. Grabczyński, als Vertreter dieser Concurzmasse bei diesem k. k. Gerichte um so gewisser einzureichen, und in derselben nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Classe gesetzt zu werden verlangt, zu erweisen, widrigenfalls nach Verfließung obigen Termines Niemand mehr gehört werden — und diejenigen, welche ihre Forderungen bis dahin nicht angemeldet haben in Rücklicht dieses Concurz-Vermögens — so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums — oder Pfandrechtes oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein — und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse angehalten werden würden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow am 25. Jänner 1866.

N. 6002. E d y k t. (112. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu zawiadamia niniejszym edyktem niewiadomego pobytu Aleksandra Grzesickiego i Annę Grzesicką, iż przeciw nim małoletni Arnold, Artur, Marya i Kamila Grzesicey, oświadczeni spadkobiercy s. p. Antoniego Grzesickiego, pod opieką matki Karoliny Grzesickiej zostający, pod dniem 21 września 1865 r. l. 6002 pozw o zapłacenie sumy 1000 złr. m. k. czyli 1050 złr. w. a. z prz. wniosli i że wskutek tego pozwu termin do ustnej rozprawy na dniu 14 marca 1866, godzina 10 zrana, w powyższym sporze wyznaczonym został.

Gdy pozowani z miejsca pobytu nie są wiadomi, przeto c. k. Sąd obwodowy w celu zastępowania pozowanych na ich koszt i niebezpieczeństwo ustanowił kuratora w osobie pana adwokata Dra. Bersona, dodając onemuż na zastępę pana adwokata Dra. Zielńskiego, z którym sprawa wytoczona według istniejących ustaw dla Galicyi przeprowadzona będzie.

Wzywa się więc pozowanych, ażeby w oznaczonym czasie albo sami się stawili, albo dotyczące prawne dowody ustanowionemu dla nich kuratorowi udzieliłi, lub innego obrońcę sobie wybrali i o tem tutejszy c. k. Sąd obwodowy zawiadomili, w ogóle ażeby wszelkich ku ich obronie służących prawnych środków użyli, inaczej bowiem wyniknie ze zaniedbania zle skutki sami sobie przypisać będą musieli.

Nowy Sącz, dnia 15 listopada 1865.

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

Podaje się do wiadomości, iż w dniu 23 lutego r. b. o godzinie 10 zrana odbędzie się w c. k. Urzędzie powiatowym w Liszkach licytacja na wypuszczenie od dnia 1 marca r. b. zaciąwszy, w ośmioletnią dzierżawę młyna murowanego o 4 kamieniach, na Podkamyczu w Balicach położonego z wszelkimi zabudowaniami, gruntami według mapy pomiarowej, wynoszącymi morgów 54, sążni 859 kwadr.

Za cenę wywołania na rok stanowi się kwotę zlot. ren. 1005 w. a., z której dziesiąta część t. j. złr. 100 w. a. jako wadium przed licytacją złożyć należy.

Dla ułatwienia konkurencyi przyjmować się będzie pisemne oferty przed licytacją i podczas licytacji.

Blizsze warunki licytacji w c. k. Urzędzie powiatowym w godzinach kancelaryjnych odczytać można.

Z c. k. Urzędu powiatowego.

Liszki, dnia 24 stycznia 1866.

Wiener Börse-Bericht vom 3. Februar.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Weib	Maare
in Contr. B. zu 5% für 100 fl.	58.75	58.85
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	65.50	65.75
mit Zinsen vom Jänner — Jult.	65.40	65.60
„ „ vom April — October	62.20	62.50
Metalliques zu 5% für 100 fl.	55.50	55.80
„ „ 4 1/2% für 100 fl.	143.50	144.50
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	77.50	78. —
„ 1854 für 100 fl.	90.50	91.10
Prämienheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	76.60	76.70
„ „ 50 fl.	—	—
Como-Rentenheine zu 42 L. austr.	16 —	16.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	81 —	82 —
von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl.	79.50	80.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Schleien zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84. —	88. —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	69.70	70.40
von Kärnt. Krain u. Rät. zu 5% für 100 fl.	67.75	68.25
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	70. —	71. —
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	67.80	68.10
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	63.80	64. —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	66.25	66.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	—	—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	—	—

C. Aktien (Pr. St.)

der Nationalbank.	751 —	755. —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	151 —	151.20
der Credit-Comptoir-Gesell. zu 500 fl. s. W.	581. —	582. —
der kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C. M.	1573 —	1575. —
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C. M.	170.80	171. —
oder 500 fr.	—	—
der vereinigte südöst. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	165.50	166.50
der kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C. M.	119.75	120.25
der galiz. Carl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C. M.	166.60	166.80
der Lemberg-Gernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. s. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Zins.	79. —	80. —
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. s. W.	147.50	148.50
der Süd-nord. Verbund-B. zu 200 fl. C. M.	110. —	110.50
der kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C. M.	147. —	147. —
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. C. M.	458. —	459. —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C. M.	214. —	215. —
der Wiener Dampfmühl.-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	375. —	385. —
der Oden-Werke Aktienbrüche zu 500 fl. C. M.	—	360. —

D. Pfandbriefe

der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	104. —	104.50
auf s. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.80	92. —
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.50	87.60
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. in 4% für 100 fl.	—	66. —
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W.	114.50	114.75
Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 100 fl. C. M.	80. —	81. —
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C. M.	108.50	109.50
zu 50 fl. C. M.	47.50	48. —
Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. öst. W.	22.75	23.25
Gradow zu 40 fl. C. M.	78. —	79. —
Salz zu 40 fl. „	26. —	26.50
Balfu zu 40 fl. „	22.50	23. —
Clary zu 40 fl. „	21.50	22. —
St. Genois zu 40 fl. „	23. —	23.50
Wienfährge zu 20 fl. „	15.50	16. —
Waltheim zu 20 fl. „	19. —	19.50
Regelitz zu 10 fl. „	12.25	12.75
R. l. Hofbatalion zu 10 fl. österr. Währ.	12. —	12.50

Wchsel. 3 Monate.

Bank (Blago) Banco	fl. fr.	1. fr.	fl. fr.	1. fr.
Angsburg, für 100 fl. südböhm. Währ. 6%.	87. —	87.25	87.20	87.40
Frankfurt a. M., für 100 fl. südböhm. Währ. 6%.	77.65	77.75	103.40	103.90
Hamburg, für 100 fl. W. 6%.	41.35	41.40	—	—
London, für 10 Pf. Sterl. 8%.	—	—	—	—
Paris, für 100 Francs 5%.	—	—	—	—

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	fl. fr.	1. fr.	fl. fr.	1. fr.
Kaiserliche Münz-Dufaten	4.94	4.95	4.94	4.95
vollw. Dufaten	—	—	—	—
Krone	8.35	8.36	8.57	8.60
20 Francstüde.	—	—	103.40	103.90
Russische Imperiale.	—	—	—	—
Silber	—	—	—	—

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von Krasau nach Wien 7 u. 10 M. Früh, 3 u. 30 M. Nachm. — nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Marienau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krasau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Nachm. — von Odrau nach Krasau 11 Uhr Vormittags.

von Lemberg nach Krasau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in Krasau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Marienau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minuten Abends; — von Lemberg 6 Uhr 14 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends;